

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2005
in Berlin**

Ergebnisprotokoll

(Stand: 10.02.2005)

Vorsitz:

Staatssekretär Dr. Thomas Griese
Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Nordrhein-Westfalen

T a g e s o r d n u n g
Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2005
in Berlin

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**

- 2. WTO-Verhandlungen**
 - 2.1 Aktueller Stand der laufenden WTO-Verhandlungen

- 3. Weiterentwicklung und Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**
 - 3.1 Nationale Umsetzung der Agrarreform
 - 3.2 Verfahrensvorschlag zur Umsetzung der Deregulierungsinitiative der EU-Ratspräsidentschaft
 - 3.3 Bericht der Bundesregierung über Auswirkungen eines möglichen Türkei-Beitritts zur EU
 - 3.4 Organisation und Zuständigkeit der administrativen und kontrollmäßigen Abwicklung der EU-Förderphase 2007 – 2013 in Deutschland

- 4. Nationale Rahmenbedingungen**
 - 4.1 Situation der Agrarforschung
 - 4.2 Einrichtung eines länderübergreifenden, elektronisch geführten Personen- und Zuständigkeitsverzeichnisses
 - 4.3 Russischer Importstopp für Pflanzen und pflanzliche Erzeugnisse aus Deutschland.
 - 4.4 Wirtschaftliche Situation in der Milchwirtschaft
 - 4.5 Reform des Marktstrukturgesetzes
 - 4.6 Reform der Zuckermarktordnung
 - 4.7 Fortführung und Betrieb der Internet-Präsenz der AMK

5. Umweltaspekte in der Agrarwirtschaft

- 5.1 Weiterentwicklung der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2006 (ELER-VO)

6. Verbraucherschutz und Veterinärwesen

- 6.1 Konsequenzen aus der Feststellung von Knochenfragmenten in Nebenprodukten der Zuckerrübenverarbeitung

7. Wald und Jagd

- 7.1 Waldschäden: Abwehrstrategien

8. Länderübergreifender Abbau von Gremien und Arbeitsgruppen

9. Verschiedenes

- 9.1 Verdeckte Feldbeobachtung
- 9.2 Fortführung der Datenbank für Wildschweinpest
- 9.3 Gedankenaustausch zu den Untersuchungsergebnissen in Eiern

Amtschefkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in folgender Form genehmigt:

1. Der Tagesordnungspunkt 4.1 „Situation der Agrarforschung“ wird vorgezogen.
2. Die Tagesordnungspunkte 5.1.1 und 5.1.2 werden unter Punkt 5.1 zusammengeführt.
2. Die verfristet angemeldeten Tagesordnungspunkte 9.1 und 9.2 werden in die Tagesordnung aufgenommen.
3. Für den TOP „Verschiedenes“ wird folgendes Thema zur Aussprache:
Gedankenaustausch zu den Untersuchungsergebnissen in Eiern

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2005
in Berlin**

TOP 2.1 Aktueller Stand der laufenden WTO-Verhandlungen

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMVEL zum aktuellen Stand der laufenden WTO-Verhandlungen zur Kenntnis.
2. Sie bitten das BMVEL, auf der ACK der Agrarministerkonferenz im Frühjahr 2005 über den Fortgang der WTO-Verhandlungen zu berichten.

Amtscheferkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 3.1: Nationale Umsetzung der Agrarreform

Beschluss:

1. Die Amtsheferkonferenz nimmt den Bericht der Bund-/Länder-AG zur Umsetzung von Cross-Compliance in Deutschland sowie zur Konzeption für Prüfungen und Risikoanalysen zur Kenntnis.
2. Die Amtsheferkonferenz unterstreicht, dass die Erfahrungen der Umsetzung im ersten Anwendungsjahr bewertet werden müssen, um die korrekte Anwendung sicherzustellen und gleichzeitig alle Möglichkeiten für eine praktikable Abwicklung zu nutzen.

Die Amtshefs der Länder begrüßen in diesem Zusammenhang die gemeinsame Erklärung von Rat und Kommission vom 21.12.2004 zur Anwendung von Cross-Compliance

3. Die Amtshefs der Länder bitten BMVEL, seine Koordinationstätigkeit fortzusetzen und erklären die Bereitschaft der Länder, diese Arbeit intensiv zu unterstützen. Sie werden bis zum 01.03.2005 dem BMVEL gegenüber je Land einen zentralen Ansprechpartner der Landesregierung für alle Cross-Compliance relevanten Fragestellungen benennen.
4. Unter Hinweis auf den Agrarministerkonferenz-Beschluss vom 07.10.2004 bitten die Amtshefs der Länder das BMVEL, bei der EU weiterhin mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass
 - a) in den Bereichen Futtermittel- und Lebensmittelüberwachung sowie Pflanzenschutz der Rückgriff auf die nationalen Kontrollpläne auf der Grundlage

- der bestehenden Kontrollsystematik möglich ist, um zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu vermeiden,
- b) durch die EU eine eindeutige Interpretation der 1 %-Regelung für die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 erfolgt,
 - c) verbindlich festgelegt wird, welche Tätigkeiten in einem Erzeugerbetrieb der sog. Landwirtschaftlichen Tätigkeit und gleichzeitig der Begriffsdefinition „Lebensmittel“ der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 unterliegen,
 - d) eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 795/2004 erreicht wird mit dem Ziel, den Termin 01.08.2005 gemäß Art. 39 Abs. 2 der VO für die Anpassung der regionalen Stilllegungssätze bei der Zuweisung von Stilllegungszahlungsansprüchen auf den 01.11.2005 zu verlegen,
 - e) die Verpflichtung zur Stilllegung mindestens mittelfristig abgeschafft wird,
 - f) Landschaftselemente über die Zwei-Meter-Regelung hinaus auch für die gekoppelten Maßnahmen (Beihilfe für Energiepflanzen, Prämie für Einweißpflanzen, Prämie für Kartoffelstärke) Bestandteile der beihilfefähigen Fläche sind.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2005
in Berlin**

TOP 3.2: Verfahrensvorschlag zur Umsetzung der Deregulierungsinitiative der EU-Ratspräsidentschaft

Beschluss:

1. Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder nehmen den Bericht des BMVEL zum Sachstand der Deregulierungsinitiative der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft zur Kenntnis.
2. Die ACK bittet das Vorsitzland, weitere Deregulierungsvorschläge der Länder in den Bereichen Verfahren und Statistik in einem Bericht für die nächste Agrarministerkonferenz auf dem Petersberg/Königswinter darzustellen und aufzubereiten.
3. Die ACK begrüßt, dass das Thema in Brüssel auch nach Beendigung der EU-Ratspräsidentschaft der Niederlande weiterbehandelt wird.

Amtschefkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 3.3: Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen eines möglichen Türkei-Beitritts zur EU

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Länder nehmen den Bericht der Bundesregierung über ihre Einschätzungen bezüglich der Auswirkungen eines EU-Beitritts der Türkei im Bereich der Agrarpolitik und ländlichen Strukturpolitik zur Kenntnis und bitten das BMVEL, die Agrarministerkonferenz zu gegebener Zeit über den Verhandlungsstand zu unterrichten.

Protokollerklärung:

Die Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen und Thüringen sind der Auffassung, dass die Verhandlungen in jeder Hinsicht ergebnisoffen zu führen sind.

Unabhängig davon wäre eine - auch modifizierte - Übertragung der EU-Agrarpolitik nicht finanzierbar.

Amtschefkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 3.4.: Organisation und Zuständigkeiten der administrativen und kontrollmäßigen Umsetzung der EU – Förderphase 2007-2013 in Deutschland

Beschluss:

1. Die ACK begrüßt, dass die bisher getrennten Instrumente zur Förderung der ländlichen Entwicklung in einem eigenständigen Fonds und einer Verordnung zusammen geführt werden. Dadurch ist ab der Förderphase 2007 - 2013 nur noch ein Programm pro Mitgliedstaat und pro Region erforderlich, was zu einer deutlichen Verwaltungsvereinfachung beitragen wird.

2. Die ACK stellt fest,
 - dass die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik ein einheitliches Förderkonzept für den gesamten Agrarbereich verfolgt. Die Folge ist eine stärkere Abgrenzung der Agrarstrukturpolitik gegenüber den im Bereich des EU-Sozialfonds bzw. Regionalfonds finanzierten Maßnahmen.
 - dass sich die Aufgaben der Behörden im Strukturfondsgebiet erheblich von denen der im Agrarbereich tätigen Verwaltungsbehörde, EU- zugelassenen Zahlstelle und der Bescheinigenden Stelle unterscheiden. Eine Zusammenführung aller EU-Fonds unter einem Dach würde deshalb die Möglichkeit der Nutzung von Synergieeffekten in der Agrarförderung ab 2007 zunichte machen.
 - dass eine Verwaltungsvereinfachung zur administrativen Umsetzung der Agrarförderung nur erreicht werden kann, wenn den inhaltlichen Unterschieden der Agrarförderung gegenüber den Regionalfonds bzw. Sozialfonds durch ein eigenständiges Abwicklungssystem und einer diesbezüglich spezialisierten eigenständigen Verwaltung Rechnung getragen wird.

3. Angesichts der spezifischen Anforderungen für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Entwicklung ländlicher Räume hält die ACK bestehende Vor-

stellungen, die im Rahmen der 1. und 2. Säule geförderten Maßnahmen hinsichtlich Administration und Kontrolle zusammen mit den Strukturfonds einer einzigen Verwaltungsbehörde und einer einzigen Zahlstelle zuzuordnen, nicht für zielführend.

Amtschefkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 4.1 Situation der Agrarforschung

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz nimmt den Bericht des Wissenschaftsrates zur Querschnittsbegutachtung der Agrar- und Ernährungsforschung zur Kenntnis. Sie begrüßt, dass der Wissenschaftsrat die Agrarfakultäten im Kontext der gesamten Agrar- und Ernährungsforschungslandschaft betrachtet. Sie bittet den Wissenschaftsrat, bei seinem Gutachten die spezifischen Merkmale der Agrar- und Ernährungsforschung, insbesondere Systemansatz, Interdisziplinarität und Anwendungsbezug, sowie die Frage der kritischen Masse der Forschungseinrichtungen angemessen zu berücksichtigen.
2. Die Amtschefkonferenz bittet das Vorsitzland, sich mit der Bitte an den Wissenschaftsrat zu wenden, eine Vertreterin/einen Vertreter des Vorsitzlandes als Gastmitglied in die Arbeitsgruppe „Evaluierung der Agrarforschung“ aufzunehmen.
3. Die Amtschefs des Bundes und der Länder nehmen zur Kenntnis, dass der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen zur deutschen Agrarforschung Anfang 2006 verabschiedet wird. Sie schlagen der Agrarministerkonferenz vor, über diese Empfehlungen im Rahmen der Agrarministerkonferenz im Frühjahr 2006 zu beraten.
4. Die Amtschefkonferenz hält es für erforderlich, dass die Agrar- und Wissenschaftsministerkonferenz anschließend in einen Dialog über die weitere institutionelle Entwicklung der Agrar- und Ernährungsforschung treten. Sie schlägt vor, dass die Agrarministerkonferenz im Frühjahr 2006 eine entsprechende Initiative ergreift.

Protokollerklärung Bayern:

Bayern verweist auf seine Protokollerklärung von Burg Warberg.

**Amtscheferkonferenz
am 20. Januar 2005
in Berlin**

TOP 4.2: Einrichtung eines länderübergreifenden, elektronisch geführten Personen- und Zuständigkeitsverzeichnisses

Beschluss:

Die Amtschefs der Länder und des BMVEL bitten die Geschäftsstelle der Agrarministerkonferenz, ein länderübergreifendes, elektronisch geführtes Personen- und Zuständigkeitsverzeichnis für den Agrar- und Verbraucherschutzbereich einzurichten.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2005
in Berlin**

**TOP 4.3 Russischer Importstopp für Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse aus
Deutschland (Bericht BMVEL)**

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMVEL zum Sachstand des Russischen Importstopps zur Kenntnis.
2. Sie bitten das BMVEL, den Ländern die Originalfassung der Einfuhrvorschriften der russischen Föderation in deutscher Sprache zur Verfügung zu stellen.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2005
in Berlin**

TOP 4.4 Wirtschaftliche Situation der Milchwirtschaft

Beschluss:

Die Amtschefs von Bund und Ländern empfehlen der Agrarministerkonferenz, diesen TOP bei der nächsten Konferenz auf dem Petersberg/Königswinter zu beraten.

Eine Arbeitsgruppe bestehend aus dem BMVEL und den Ländern Bayern, Brandenburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wird unter Leitung des Vorsitzlandes Vorschläge erarbeiten, vor allem solche, die im nationalen Zuständigkeitsbereich liegen.

**Amtscheferonferenz
am 20. Januar 2005
in Berlin**

TOP 4.5: Reform des Marktstrukturgesetzes

Beschluss:

Die Amtschefs der Länder nehmen den Bericht der Bundesregierung über den Stand des Verfahrens zur Novellierung des Marktstrukturgesetzes zur Kenntnis.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2005
in Berlin**

TOP 4.6: Reform der Zuckermarktordnung

Beschluss:

Vertagt zur ACK der Agrarministerkonferenz auf dem Petersberg/Königswinter.

Amtschefkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 4.7: Fortführung und Betrieb der Internet-Präsenz der Agrarministerkonferenz

Beschluss:

1. Die Agrarministerkonferenz wird auch in Zukunft im Internet mit einer Homepage unter der URL-Adresse „www.agrarministerkonferenz.de“ auftreten.
2. Die ACK bittet den Bund, während einer Übergangszeit über die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (ZADI) die notwendigen Pflegearbeiten für die Homepage in der derzeit bestehenden Form sicherzustellen und fortzuführen.
3. Die ACK bittet das Vorsitzland NRW, zur Agrarministerkonferenz auf dem Petersberg/Königswinter im März 2005 einen Vorschlag über einen dauerhaften Betrieb und eine Weiterentwicklung der Internet-Präsenz der AMK in Verbindung mit einem Realisierungs- und Finanzierungskonzept vorzulegen.

Amtschefkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 5.1 Weiterentwicklung der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2006 (ELER-VO)

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Länder nehmen Bezug auf den Beschluss der AMK vom 07.10.2004 auf Burg Warberg und bekräftigen die dort beschlossenen Eckpunkte zur Weiterentwicklung der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2006.

2. Die Amtschefs der Länder halten es für erforderlich, dass die ELER-VO im Bereich der Forstwirtschaft nicht nur einen Ausgleich von Kosten, sondern auch von Einkommenseinbußen ermöglicht. Sie bitten den Bund, auf eine entsprechende Änderung hinzuwirken.

Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen:

Die Länder erneuern als einen Lösungsvorschlag, ab 2007 die nationale Kofinanzierung der EU-Direktzahlungen einzuführen, wobei der Kofinanzierungsanteil vom Bund zu übernehmen ist. Auf diesem Wege könnte nicht nur eine deutliche Entlastung der Nettozahlerposition des Bundes erreicht werden, sondern auch eine Mittelaufstockung der Zweiten Säule bewirkt werden.

Amtschefkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 6.1 Konsequenzen aus dem Vorkommen von Knochenfragmenten in Nebenprodukten der Zuckerrübenverarbeitung

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Länder nehmen den Bericht des BMVEL zur Kenntnis.
2. Die Amtschefkonferenz beschließt, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus BMVEL (Vorsitz) und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen mit dem Auftrag einzusetzen, auf der Grundlage einer Risikobewertung schnellstmöglich Kriterien für die Zulässigkeit der Aufnahme aus dem Boden stammender tierischer Bestandteile im Futter von zur Lebensmittelgewinnung dienenden Tieren zu erarbeiten.
3. Die Amtschefs der Länder bitten das BMVEL, umgehend in Brüssel Beratungen mit der EU-Kommission über eine möglichst rasche Differenzierung der Verfütterungsverbotsregelungen im Hinblick auf erntebedingte Verunreinigungen von Einzelfuttermitteln mit Materialien tierischer Herkunft aus dem Naturkreislauf anzustoßen. Vorrangiges Ziel sollte dabei die Herbeiführung einer möglichst kurzfristigen Lösung unter Einbringung der Ergebnisse des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und die Tiergesundheit, Gruppe Tierernährung, sein. Die Ergebnisse der oben genannten Arbeitsgruppe sollten entsprechend eingebracht werden.

Amtschefkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 7.1: Waldschäden/Abwehrstrategien

Beschluss:

1. Der Waldzustandsbericht 2004 der Bundesregierung und die Waldzustandsberichte der Länder zeigen auf, dass sich trotz eingeleiteter Maßnahmen, deutlicher Reduzierung der Schadstoffemissionen und unter Berücksichtigung der extremen Trockenheit im Jahr 2003 weiter erheblicher Handlungsbedarf ergibt.
2. Die Amtschefs der Länder bitten das BMVEL, unter Beteiligung der Länder, auf der Herbst-Agrarministerkonferenz 2005 eine Bestandsaufnahme und Bewertung der Initiativen und Maßnahmen von Bund und Ländern zum Schutz des Waldes vorzulegen und Handlungsvorschläge zu unterbreiten.

Amtschefkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 8: Länderübergreifender Abbau von Gremien und Arbeitsgruppen

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz hält die Arbeit von Bund/Länder-Gremien in ihrem Zuständigkeitsbereich für unverzichtbar. Nach ihrer Auffassung sind diese eine notwendige Folge des föderalen Staatsaufbaus, aus dem sich zur Sicherstellung eines bundeseinheitlichen Vollzugs von EU- und Bundesrecht und damit auch im Interesse der Transparenz ein regelmäßiger Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf ergibt. Daher sind auch zukünftig länderübergreifende Gremien im Zuständigkeitsbereich der AMK erforderlich.
2. Die Amtschefs des Bundes und der Länder stellen fest, dass die ACK/AMK im Sinne der Geschäftsordnung der Agrarministerkonferenz zurzeit über folgende vier Arbeitsgremien verfügt:
 - Abteilungsleiter „Landwirtschaftliche Erzeugung und Markt“ des Bundes und der Länder,
 - Leiter der Forstverwaltungen des Bundes und der Länder,
 - Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung und
 - Länder-Arbeitsgemeinschaft gesundheitlicher Verbraucherschutz.
3. Die Amtschefs des Bundes und der Länder sind sich einig, dass sonstige Bund-Länder-Referenten-Besprechungen, die anlassbezogen und zeitlich befristet erfolgen, keine Arbeitsgremien im Sinne der Geschäftsordnung der Agrarministerkonferenz sind.
4. Eine effiziente Organisation der Gremien und ein kostensparender Ablauf der Sitzungen sind sicherzustellen.

5. Die Amtschefkonferenz bittet das Vorsitzland, auf Basis der vorgenannten Eckpunkte für die nächste Agrarministerkonferenz auf dem Petersberg/Königswinter einen Beschlussvorschlag vorzulegen, damit ein entsprechender Beschluss der MPK zugeleitet werden kann.

Amtscheferkonferenz am 20. Januar 2005 in Berlin

TOP 9.1 Rechtssichere und praktikable Gestaltung von Abstandsregelungen im Pflanzenschutz

Beschluss:

Die Amtschefer der Länder bekräftigen die nach wie vor bestehende Bereitschaft der Länder, mit dem Umweltbundesamt zusammenzuarbeiten. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die gemäß Beschluss der Agrarminister im Jahre 2002 eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Abstandsregelungen zu Gewässern und Saumbiotopen. Danach sollen Regelungen gefunden werden, die unter Einhaltung des Biotop- und Gewässerschutzes noch einen sachgerechten Pflanzenschutz und eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Grundstücke zulassen. Diese Arbeiten sind mit hoher Priorität voranzutreiben. Das BMVEL wird gebeten, gegenüber dem BMU und dem Umweltbundesamt in Absprache mit der Länderarbeitsgruppe auf eine entsprechende Umsetzung hinzuwirken.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2005
in Berlin**

TOP 9.1 Fortführung der Datenbank für Wildschweinpest

Beschluss:

Die Amtschefs der Länder bitten das BMVEL die Fortführung der Datenbank für Wildschweinepest am Friedrich-Löffler-Institut (FLI) zu gewährleisten.